

Datenschützer nicht befragt

Klaus Tebarth hält „spudok“ für nicht unproblematisch

Von unserem Korrespondenten Eckart Spoo

HANNOVER, 25. August. Der niedersächsische Datenschutzbeauftragte Klaus Tebarth hat bestritten, vor der Einrichtung der Spurendokumentationsdatei (Spudok), in der rund 2000 Bürger des Landkreises Lüchow-Dannenberg erfaßt wurden, gefragt worden zu sein, wie das Innenministerium behauptet hatte. Vor Journalisten in Hannover sagte Tebarth am Wochenende, er halte das Spudok-Verfahren für „nicht unproblematisch“, insbesondere wenn Angaben über solche Personen eingespeichert werden, die mit einer aufzuklärenden Straftat lediglich „möglicherweise in Zusammenhang gebracht werden könnten“, ohne daß ein konkreter Tatverdacht besteht. Der Datenschutzbeauftragte, vormals Leiter der Polizeiabteilung des Innenministeriums,

forderte von der Landesregierung und vom Landtag, bei einer Novellierung des Polizeirechts sollten sie präzise Rechtsgrundlagen für den Einsatz von Spudoks schaffen.

Bei einer stichprobenartigen Überprüfung der Lüchow-Dannengerger Datei fand Tebarth nach seinen Angaben keine Hinweise auf rechtswidrige Datenspeicherung. Er berichtete, er habe sich jeden 20. Datensatz und auch jeweils die dazugehörigen Unterlagen zeigen lassen, stundenlang Gespräche mit den Beamten der Sonderkommission geführt und dabei den Eindruck gewonnen, daß das Motiv der Beamten in jedem Fall die Verfolgung strafbarer Handlungen gewesen sei. Wegen dieser Motivation beanstandete er

auch nicht, daß die langjährige Vorsitzende der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Marianne Fritzen, erfaßt wurde. Wie gemeldet, hatte die Bürgerinitiative mehrere Computerausdrucke veröffentlicht, darunter den über Marianne Fritzen, der neben dem Hinweis auf ihre Funktion in der Bürgerinitiative keinerlei Hinweise auf Verbindungen zu Straftaten oder Straftätern enthielt.

Die im März 1984 gebildete Sonder-

kommission arbeitet nach Angaben des Innenministeriums gegenwärtig an ihrem Abschlußbericht. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Horst Milde, erhob heftige Vorwürfe gegen die Polizisten. „Es darf nicht zur politisch unkontrollierten Praxis der Polizei werden, einen großen Teil der Bürger eines Landkreises zu kriminalisieren, um damit die Bevölkerung politisch zu disziplinieren“, erklärte Milde im Pressedienst seiner Fraktion.

FR 126/108/85

0031